

Chronologie

○ Im August 1981 wurde in Zusammenhang mit einer Änderung des Flächenwidmungsplanes eine Vereinbarung zwischen der Stadt und dem Steinbruchbetreiber geschlossen. Die Geländekante „Hainburger Grat“ sollte nicht unter 300 Meter Seehöhe abgebaut werden, zur Stadt sollte eine Schutzzone eingehalten werden. Die Gültigkeit der Vereinbarung wurde später vom Steinbruch bestritten.

○ Seit dem Jahr 2003 engagiert sich die „Bürgerinitiative Pfaffenberg“ für die Erhaltung des Hainburger Grates. Auf ihre Initiative wurde 2011 eine Volksbefragung abgehalten, bei der 75 Prozent der Teilnehmer dafür stimmten, dass die Stadt den Erhalt der Schutzzone gerichtlich einfordern solle.

○ Hainburg hat den Prozess in allen drei Instanzen verloren. Zuletzt hat der Oberste Gerichtshof eine außerordentliche Revision zurückgewiesen. Begründung: Die Stadt sei zu einer Vereinbarung nicht berechtigt gewesen. Hainburg bleibt auf 45.000 Euro Prozesskosten sitzen.



Der Steinbruch von oben: Links sind die Häuser in Hainburg zu sehen, rechts die Abbauzone, in der Mitte der umstrittene Hainburger Grat.

Foto: privat

Pfaffenberg: „Hoffen jetzt auf die Politik“

Infoveranstaltung | Die Bürgerinitiative setzt nach Zurückweisung durch Obersten Gerichtshof auf Hilfe seitens der Vertreter der Stadt.

Von Josef Rittler

HAINBURG | Im Rahmen eines Infoabends im Restaurant „Nagelreiter“ nahm die Bürgerinitiative Pfaffenberg am Freitag ei-

ne Standortbestimmung nach der Niederlage im Prozess um die Vereinbarung zwischen der Stadt Hainburg und dem Steinbruchbetreiber vor (siehe Infobox).

Der Tenor: Die betroffenen Anrainer wollen weiter alles unternehmen, um den Hainburger Grat und eine möglichst große Schutzzone zwischen dem Steinbruch und ihren Liegenschaften zu erhalten. „Zivilrechtlich ist leider nichts mehr zu machen, wir hoffen aber darauf, dass uns die Stadtpolitik weiter unterstützt“, führte Gerald Putz, Sprecher der Bürgerinitiative aus. „Wir Anrainer bleiben jetzt übrig, wir haben die Grundstücke damals gekauft und in den Flächenwidmungs-

plan geschaut. Dort war die Schutzzone eingetragen, darauf haben wir vertraut“, meint Manfred Gürth von der Bürgerinitiative. Hainburgs Umweltschützerin Elisabeth Staffenberger (SP) hat ein offenes Ohr für die Anrainer: „Die Sache mit dem Prozess ist gegessen, jetzt müssen wir uns fragen, was wir noch retten können.“ Man werde sich wieder mit Vertretern des Landes zusammensetzen.

Ein Sprecher des Steinbruchs war bis Redaktionsschluss nicht erreichbar, in einer unmittelbar nach dem Urteil ergangenen Stellungnahme gegenüber der NÖN war Gesprächsbereitschaft, sowohl mit der Stadt als auch mit der Initiative, signalisiert worden.



Im Bild (v. l.): Manfred Gürth, Gerald Putz, Adolf Reichel, Valerie Fasching, Elisabeth Staffenberger, Anita Gürth und Andreas Ehrlich. Foto: Rittler

DIE LUSTIGE WITWE

- 10% BIS 23.12.

SCHLOSSFESTSPIELE LANGENLOIS 

20. JULI – 12. AUG. 2017
SCHLOSS HAINDORF

TICKETS 0 27 34 - 34 50
www.schlossfestspiele.at

NÖN
KULTURLANGENLOIS
KULTUR NIEDERÖSTERREICH
THEATERFEST NIEDERÖSTERREICH
LANGENLOIS